

Gleiche Chancen gefordert

Diskussion zur Entwicklung der Altmark bei der IHK



Wie Werner von dem Knesebeck von der BI „Westliche Altmark“ nutzten zahlreiche Besucher die Gelegenheit, ihre Vorstellungen zur weiteren Entwicklung der Altmark einzubringen.

Foto: Schulze

Eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion war der Höhepunkt des Tages der offenen Tür der Industrie- und Handelskammer in Salzwedel. Als Moderator konnte der Salzwedeler IHK-Geschäftsführer André Rummel dazu Finanzminister Jens Bullerjahn, Landrat Michael Ziche, den Präsidenten der IHK-Magdeburg Klaus Olbricht, Stendals Oberbürgermeister Klaus Schmotz, den Staatssekretär im Verkehrsministerium André Schröder und Josef F. Bockhorst, Vorstand der Agenda Glas AG, begrüßen. Hauptakteure waren jedoch die zahlreichen Gäste, die die Möglichkeit hatten, ihre Fragen zur Entwicklung der Altmark zu stellen.

Die wohl wichtigste Fest-

stellung des Abends gab es gleich zu Beginn. „Die Unternehmen schauen wieder optimistisch in die Zukunft, die Krise ist für die Altmark weitgehend überstanden“, so Klaus Olbricht. Grundlage der Feststellung ist das jüngste Konjunkturbarometer. Dieses erstellt die IHK jeweils vierteljährlich.

Dass die Altmark dennoch nicht frei von Sorgen ist, wurde jedoch schnell deutlich. Größtes Problem ist langfristig der demografische Wandel. So soll die Einwohnerzahl der beiden Landkreise im Norden Sachsen-Anhalts bis 2025 nochmals um 40.000 sinken.

„Dennoch sind wir keine notleidende Region. Wir fordern jedoch die gleichen Chancen wie der Rest des

Landes“, stellte Landrat Michael Ziche klar und konnte dabei durchaus positive Trends vermelden. So kann die Altmark im Bereich der Steigerungen im Tourismus auf Spitzenwerte im Land verweisen.

Das ländliche Regionen für Unternehmen durchaus von Vorteil sein können, betonte Josef F. Bockhorst. Immerhin hat sich die Agenda Glas AG bewusst für Gardelegen entschieden. „Unser Gewerbe ist mit Lärmemission verbunden. Eine Lage abseits von Wohngebieten ist daher erforderlich. Zudem haben wir hier motivierte Mitarbeiter gefunden und wichtige Rohstoffe wie Sand und Soda in der Nähe“, so Bockhorst.

Dass stark rückläufige Bevölkerungszahlen neue Denkmuster und Rechtsgrundlagen erfordern, stellte Klaus Schmotz in den Raum, und erläuterte die Idee der Staffelung von Wasser- und Abwassergebühren mit wachsenden Entfernungen zu den größeren Orten. „Diese Maßnahmen sind sicher unpopulär, aber notwendig, wenn wir funktionierende Stadtkerne erhalten wollen“ betonte Stendals Oberbürgermeister.

Für den Erhalt bestehender Landschaften und den gleichzeitigen Ausbau des Straßennetzes sprach sich Werner von dem Knesebeck von der Bürgerinitiative „Westliche Altmark“ aus und plädierte dabei gegen den

westlich von Salzwedel geplanten Bau der B190 n. Statt dessen legte er den Verantwortlichen den Ausbau der B 71 und B 248 ans Herz.

Ob dieser Vorschlag der BI allerdings Berücksichtigung finden wird, ließ Staatssekretär Schröder offen. Schließlich handelt es sich, so Schröder, bei der B 190 n um eine Bundesstraße und bei dieser hat der Bund das letzte Wort.

Sorgen um die Landschaft der Altmark und die Sicherheit vor Ort bewegen die Mahlsdorfer. Ihre Forderung: die Altmark darf kein CO₂-Endlager für den Rest der Republik werden. Bullerjahn versicherte, dass es kein geplantes Endlager bei Mahlsdorf gibt. Vielmehr lehnt die Landesregierung den vorliegenden Referentengesetzesentwurf des Bundes ab. Zudem gibt es keine Pläne der Wirtschaft Sachsen-Anhalts zur CO₂-Verpressung.

„Wir werden bei uns nichts aus Brandenburg verpressen, was nicht unser Problem ist“, versicherte der Finanzminister den Mahlsdorfern. Aber, so Bullerjahn weiter, „Es ist legitim die Forschungsfrage zu stellen“.

Als „schlechtes Handwerkzeug“ bezeichnete Landrat Ziche den Gesetzesentwurf zum Forschungsspeicher. Der Grund sind erhebliche Lockerungen der Auflagen. Der Kreistag soll sich am 20. September zu dem Thema positionieren.



Jens Bullerjahn (mitte) versicherte, dass es keine Planungen für ein Endlager bei Mahlsdorf gibt.